

Geschäftsführer Sebastian ChwalaBahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 31. Mai 2019

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 24. Mai 2019**Gegen Schließung der Geburtsstation in Wehrda – Klima: nur Krise oder schon Notstand? - Echte Bürgerbeteiligung bei Verkehrs- und Regionalplanung**

Im Mai tagte das Marburger Stadtparlament in der Aula der Kaufmännischen Berufsschule. Der Sitzungssaal war durch Vorbereitungen zur Europawahl belegt. Zahlreiche Aussprachen standen auf der Tagesordnung, dazu mehrere Dringlichkeitsanträge zur Schließung der Geburtsstation am Diakoniekrankenhaus in Wehrda und zur Forderung der Grünen, den Klimanotstand in Marburg zu erklären. Ebenfalls in der Debatte: die Einbindung der Bürgerinitiative Allnatal bei der Erstellung eines Verkehrsgutachtens und die Einrichtung eines neuen Verkehrsforums, die Rolle der stadteigenen GeWoBau bei der Erreichung der städtischen Klimaziele sowie die Forderung der Marburger Linken, festzuschreiben, dass das Gelände der Werkstatt des Künstlers Thomas Gebauer am ehemaligen Lokschuppen in öffentlichem Eigentum bleibe.

Dreimal dringlich: gegen Schließung der Geburtshilfe in Wehrda

Drei Dringlichkeitsanträge der Fraktionen der Magistratskoalition, der Grünen und der Marburger Linken bedauerten die Schließung der Geburtsstation Wehrda. Nach einer ausführlichen Debatte einigte man sich auf einen gemeinsamen Antrag, in dem der Magistrat aufgefordert wurde, noch einmal Gespräche mit der Klinikleitung zu führen. Besonders in der Kritik stand, dass Frauen nun kaum noch Wahlmöglichkeiten für den Ort und den Ablauf der Geburt hätten und dies nicht zuletzt dem Abrechnungsmodus der Krankenkassen geschuldet sei. In der Debatte verwies Roland Böhm von der Marburger Linken darauf, dass die patientennahe und überschaubare Einrichtung in Wehrda wirtschaftlichen Erwägungen zum Opfer falle und so die Rendite des privaten Maximalversorgers UKGM durch Krankenkassenbeiträge weiter erhöht würde. "Eine kostengünstige Regelversorgungsstruktur sieht anders aus", so Böhm weiter. Dennoch stimmte die Marburger Linke dem vorgelegten Kompromissvorschlag, der einstimmig verabschiedet wurde, zu.

Schutz des Klimas

Auch ein Dringlichkeitsantrag der Grünen, in Marburg den Klimanotstand auszurufen, wurde behandelt. Besonders am Begriff „Klimanotstand“ rieben sich die Geister. Eine aktuell feststellbare Klimakrise konnte aber, wenngleich mit unterschiedlichen Akzenten, auch von den konservativen Fraktionen nicht geleugnet werden. Jonathan Schwarz führte dazu für die Marburger Linke aus, dass die Ausrufung des Klimanotstandes ein bedeutender symbolischer Akt wäre und Ansatzpunkte für die Schaffung neuer politischer Bündnisstrukturen schaffe, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse gänzlich umwandeln könnten. Nach längerer Debatte einigte sich das Parlament, diesen Antrag in die Fachausschüsse zu überweisen.

Echte Bürgerbeteiligung bei Verkehr und Planungsvorhaben des Magistrats

Weiter ging es mit der regulären Tagesordnung. Hier stand ein Antrag von FDP und Grünen zur Aussprache an, der eine Beteiligung der Bürgerinitiativen der westlichen Außenstadteile an der Auftragsstellung für ein kommendes Verkehrsgutachten forderte. Diesem Anliegen stimmte die Marburger Linke zu. Denn, so führte Henning Köster aus, die Stadt bleibe bisher vage, wenn es darum gehe, in welcher Form die betroffenen Bürger eingebunden werden können. Es müsse dagegen die Neuauflage eines Verkehrsforums wie Ende der 90er Jahre in Angriff genommen werden, an dem alle Betroffenen teilnehmen und so in den Planungsprozess eingebunden würden, so Köster weiter. SPD, CDU und BfM lehnten diesen Antrag allerdings ab.

Auch der nächste Antrag stieß auf unsere Zustimmung. In diesem forderten die Grünen die Offenlegung der von der Stadt eingereichten Stellungnahmen zum Regionalplan 2020 bezüglich der straßenmäßigen Anbindung des Pharmastandortes. Lise Kula begründete die Zustimmung der Marburger damit, dass die mangelnde Transparenz des Magistrats Fragen aufwirft. Zumal eine zentrale Bedeutung des Regionalplans niemand bestreiten könne. Würde der Magistrat seine Stellungnahme veröffentlichen, wäre schlussendlich auch klar, welche Streckenführung für die Anbindung der Behring-Werke geplant sei und man könne sich das teure Gutachten sparen, so Kula. Die Mehrheit von SPD, CDU und BfM mochte sich diesen Argumenten nicht anschließen und stimmte gegen diesen Antrag.

Auch GeWoBau soll Klimaschutz betreiben

Es folgte eine Debatte über den Beitrag der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau zur Erreichung der Marburger Klimaziele, beantragt ebenfalls von den Grünen. Jan Schalauske beschrieb die umfangreichen Anforderungen an eine energetische Sanierung und betonte für die Marburger Linke, dass sie nicht auf Kosten der Mieter*innen durchgeführt werden dürfte. Deswegen müsse gewährleistet sein, dass die Warmmieten nicht steigen. Die Marburger Linke stimmte dem Antrag zu, nachdem dies durch eine entsprechende Formulierung im Antrag klargestellt wurde.

Künstlerwerkstatt braucht Sicherheit

In der letzten Aussprache an diesem Freitag ging es schließlich um die Werkstatt des Künstlers Thomas Gebauer. Marburger Linke und Grüne forderten, dass nicht nur Ersatzräume vom Investor auf dem Lokschuppenareal geschaffen werden, sondern dass diese samt dem dazu gehörigen Grund und Boden auch in städtischem Eigentum verbleiben sollen. Hierzu argumentierte Renate Bastian, dass das inhaltliche Konzept des Künstlers nur dann langfristig abgesichert werden kann, wenn die Werkstatt auf öffentlichem Gelände steht. Eine Privatisierung stelle dies in Frage. Der Antrag wurde abgelehnt, obwohl OB Spies versicherte, das Gelände bliebe im Besitz der Stadt.

Unterstützung der Stadt für Havanna 8 und Christian

Einige weitere Anträge wurden ohne Aussprache abgestimmt. Dem gemeinsamen Antrag von Marburger Linke und Grünen, der Magistrat solle die Kollektiv-Kneipe Havanna 8 beim Versuch unterstützen, geeignete Räumlichkeiten am Lahntor oder andernorts in Marburg zu finden, wurde mehrheitlich zugestimmt. Dem „Dienstmann Christian“ wird dank der Marburger Linken in Zukunft durch eine Namenstafel an der Statue an der Wasserscheide würdig gedacht und mittels eines QR-Codes können ausführlichere Informationen zu seiner Tätigkeit und seinen Leben abrufen werden.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jan Schalauske, Jonathan Schwarz, Inge Sturm